

Die Gesamtlärmbetrachtung unter Berücksichtigung der Vorbelastung

durch den Milchpark Hahnennest und die Hofstellen in Hahnennest durch den bereits genehmigten Betrieb „Milchpark Hahnennest“ führt zu Beurteilungspegeln bis 49 dB(A) tags und 44 dB(A) in der „lautesten Nachtstunde“.
Die Immissionsrichtwerte der TA Lärm werden an allen Immissionsorten eingehalten.
Die Forderung der TA Lärm hinsichtlich des Spitzenpegelkriteriums wird erfüllt.

Da ein Anhang des Bebauungsplanes eine Änderung nach der Beteiligung gemäß den § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB erfahren hat, ist der Bebauungsplan in seinen geänderten Teilen gemäß § 4a Abs. 3 BauGB nochmals anzuhören. Da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, wird die Einholung der Stellungnahmen auf die Öffentlichkeit sowie die von der Änderung berührten Behörden beschränkt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt. Der Bebauungsplan wird ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt. Die Erforderlichkeit eines naturschutzrechtlichen Ausgleichs entfällt. Ferner wird im beschleunigten Verfahren auf die Angaben, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie auf die zusammenfassende Erklärung verzichtet.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung findet in Form einer Planauflage

**vom Freitag, den 23. Februar 2018 bis Montag, den 26. März 2018
im Rathaus der Gemeinde Ostrach,
Hauptstraße 19, 1. OG- Anschlagtafel Zimmer Nr. 14**

statt. Die Unterlagen können während der üblichen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Zusätzlich können die Unterlagen im Internet unter folgendem Link angesehen werden

<https://www.ostrach.de/buergerservice/bekanntmachungen-planen-bauen>

Bestandteil der Auslegung sind der Bebauungsplan in Plan und Text mit dazugehöriger Begründung. Ferner liegen den Unterlagen die Synopse – Ergebnis der Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen, die Vorprüfung des Einzelfalls sowie ein Schallgutachten mit Untersuchungen und Ergänzungen bei.

Während dieser Auslegungsfrist können Stellungnahmen im Rathaus der Gemeinde zu den üblichen Dienstzeiten schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 4a Abs. 6 BauGB Stellungnahmen, die nicht während der Auslegungsfrist abgegeben werden bei der Beschlussfassung des Bebauungsplanes unberücksichtigt bleiben können. Ferner wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Normenkontrolle nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können. Schriftlich vorgebrachte Anregungen sollten die volle Anschrift des Verfassers und gegebenenfalls auch die Bezeichnung des betroffenen Grundstücks enthalten. Anregungen werden auf jeden Fall entgegen genommen, auch wenn sie dieser Anforderung nicht entsprechen.

Ostrach, den 15.02.2018

gez. *Christoph Schulz*
Bürgermeister